

Diffiziles Thema – differenzierte Diskussion

NOTTULN. „2039, 1. September. Dann ist es genau 100 Jahre her, dass Deutschland Polen überfiel und damit den Zweiten Weltkrieg auslöste. Wie wäre es, wenn Deutschland dies als Zielmarke für die Entwicklung einer neuen zivilorientierten Sicherheitspolitik ins Auge fasst.“ Johannes Waldmann, Bundestagskandidat der SPD, machte am Montag diesen Vorschlag und erhielt dafür viel Beifall, schreibt die Friedensinitiative Nottuln in einer Pressemitteilung.

Zu einer letzten Runde vor den Wahlen trafen sich die Kandidaten im hiesigen Wahlkreis auf Einladung der FI im Rahmen einer Videokonferenz, um über das Thema „Sicherheit neu denken!“ zu diskutieren. Mit dabei weiter: Dr. Anne-Monika Spallek (Bündnis 90/Die Grünen), René Arning (FDP) und Klaus Stegemann (Die Linke). Marc Henrichmann, (CDU) musste aus familiären Gründen kurzfristig absagen.

Grundlage der Diskussion

war das neue Konzept „Sicherheit neu denken“ (wir berichteten). Dessen Kern ist ein zukunftsfähiges Szenario von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik bis 2040: Deutschland und Europa sollen mehr Verantwortung für ihre Sicherheit übernehmen – jedoch nicht militärisch.

„Wenn ich an Friedenspolitik denke, will ich für alle Kinder und Jugendlichen die Welt friedlicher machen, die internationale Solidarität stärken, auf Dialog und internationale Zusammenarbeit setzen und für eine Politik der Abrüstung eintreten. Diplomatie und zivile Krisenprävention sowie Abrüstung und Rüstungskontrollen müssen wieder viel stärker in den Blick der internationalen Politik rücken“, zeigte sich Waldmann von dem neuen Sicherheitskonzept überzeugt.

Auch Dr. Anne-Monika Spallek begrüßte die Initiative als „super konstruktive

Alternative“, hatte jedoch auch Bedenken: „Ich bin der Meinung, es gibt kein Entweder-oder, entweder Militarisierung oder Zivilisierung der Sicherheitspolitik. Es braucht beides, und man muss beides zusammen denken. Ein sukzessives Umschichten der Mittel ist richtig. Die zivile Sicherheits-



politik muss ausgebaut werden und die militärische auf bestimmte Zwecke zielorientiert reduziert werden. Die Anwendung militärischer Gewalt als Ultima Ratio, wenn alle anderen Möglichkeiten wie Sanktionen oder

Embargos ausgeschöpft wurden, kann in manchen Situationen nötig sein, um Völkermord zu verhindern und die Möglichkeit für eine politische Lösung eines Konflikts zu schaffen. Die NATO muss strategisch neu ausgerichtet werden.“

René Arning brachte es auf den Punkt: „Grundsätzlich bin ich der Meinung, dass ‚Blut nicht mit Blut gewaschen werden kann‘. Das zeigen die jüngsten Ereignisse in Afghanistan leider wieder in erschreckendem Ausmaß. Deswegen kann ich nur jeder Maßnahme, die dem entgegenwirkt, zustimmen.“ Wie die anderen Politiker forderte er eine umfassende und transparente Evaluation des 20-jährigen Einsatzes. „Ich stimme der gerechten Außenbeziehung sowie der nachhaltigen EU-Nachbarschaft zu. Zudem finde ich, dass der Aufbau einer europäischen Polizei eine großartige Idee ist. Auch den Abzug der Atomwaffen halte ich für längst überfällig,

wenn auch schwer in der globalen Umsetzung.“ Ob aber das Konzept umsetzbar ist, daran äußerte Arning Bedenken.

Ohne Wenn und Aber unterstützte Klaus Stegemann den Ansatz einer zivil ausgerichteten Sicherheitspolitik: „Das Konzept ist ausdrücklich sinnvoll, weil es den negativen Status quo in Frage stellt. Das ist der wirklich entscheidende erste Schritt. Diese Diskussion muss gerade angesichts des Klimawandels und der zur Neige gehenden Ressourcen angeschoben werden. Zugleich bin ich viel zu oft hoffnungslos. Denn der militärisch-industrielle Komplex und seine Vasallen im Parlament werden sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln widersetzen.“

Marc Henrichmann sicherte in seiner Absage der FI zu: „Ich komme gerne noch mal nach Nottuln, um über ‚Sicherheit neu denken‘ mit Ihnen zu reden.“

| www.sicherheitneudenken.de